

ENGLISH FIRST

Attacke auf Frühfranzösisch im Baselbiet: SVP-Landrätin fordert Abschaffung auf Primarstufe

Adieu français? SVP-Landrätin Anita Biedert fordert in einem Vorstoss im Kantonsparlament das Ende des Frühfranzösisch-Unterrichts in den Primarschulen. Die Kinder seien überfordert mit zwei Fremdsprachen – man solle stattdessen ganz auf Englisch setzen.

Benjamin Wieland

19.10.2022, 13.26 Uhr

2 Kommentare

Merken

Drucken

Teilen



Die französische Grammatik sei zu komplex, findet SVP-Landrätin Anita Biedert. Man solle stattdessen in andere Fächer investieren.

Symbolbild/bz-Archiv

Nach anderen Kantonen gerät das Frühfranzösisch nun auch im Baselbiet unter Druck. SVP-Landrätin Anita Biedert fordert in einem Vorstoss, dass in den Primarschulen des Landkantons künftig nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird: Englisch. Französisch stünde dann erst ab der Sekundarschule auf dem Stundenplan.

Anita Biedert arbeitet selber als Primarlehrerin an einer Schule im Baselbiet – und erteilt auch Französischlektionen. Aus ihrer eigenen Erfahrung, aber auch aus Gesprächen im Kollegium und mit Eltern habe sich gezeigt, dass die Kinder mit zwei Fremdsprachen überfordert seien. Biedert sagt:

«Es leiden alle.»

Eine Folge der fehlenden Motivation sei, dass die Kinder beim Übertritt in die Sekundarschule kaum einen vernünftigen französischen Satz spontan sprechen können. «Das ist demotivierend», fügt Biedert an. «Und es spricht für sich selbst.»

Grundlage ist eine Studie der Starken Schule

Das Thema sei auch nicht neu: «Der Frust hat sich über die Jahre aufgestaut.» Den Anstoss, die Motion jetzt einzureichen, habe eine neue Studie der Starken Schule beider Basel (SSbB) gegeben.



Der Verein befragte laut eigenen Angaben 548 Lehrpersonen aus Baselland und Basel-Stadt zu Frühfranzösisch – die Meinungen sind offenbar gemacht. Vier von fünf Befragten sind laut «Starker Schule» dafür, dass das Fremdsprachenkonzept der Primarstufe überarbeitet wird. Die Forderung, Frühfranzösisch zu streichen, findet eine Zustimmungsquote von rund zwei Dritteln. Laut Studie unterrichten die Befragten auf Stufe Primar, Sek 1 und Sek 2.

Wie sich die Befragten auf die beiden Basel verteilen, darüber macht der Verein jedoch keine Angaben.

Noch heisst es klar: French first!

In Baselland wie Basel-Stadt lernen die Primarschülerinnen und -schüler seit rund zehn Jahren Englisch und Französisch. Französisch wird in Baselland wie Basel-Stadt ab der 3. Klasse unterrichtet, und zwar mit drei Wochenlektionen in der 3. und 4. Klasse; in der 5. und 6. Klasse sind es noch zwei Stunden pro Woche. Englisch als zweite Fremdsprache folgt ab der 5. Klasse. Hier sind es je zwei Wochenstunden in der 5. und in der 6. Klasse.

Erst 2018 scheiterte im Landkanton die Volksinitiative «Stopp der Überforderung von Schülerinnen und Schülern – eine Fremdsprache auf der Primarstufe genügt». Bei einem Ja wäre nicht Französisch, sondern Englisch von den Stundenplänen verschwunden. Der Nein-Anteil betrug 68 Prozent. [!\[\]\(bd1a142de767a21e5362c595f844a4ff_img.jpg\)](#)

Die Fremdsprachenfrage in den Primarschulen ist in der mehrsprachigen Schweiz politisch aufgeladen. Anita Biedert sagt, es gehe nicht ums Ausspielen von Sprachen gegeneinander. «Aber mit dem jetzigen System verlieren die Kinder die Lust am Französischen.» Zum Englischen hätten die Jungen einen besseren Zugang.

Das sagte man sich auch im Kanton Thurgau. Dort wurde das Französische gegenüber dem Englischen zurückgestuft. Die Thurgauer Primarschulen unterrichten Englisch ab der 3. Klasse, Französisch folgt erst zwei Jahre später.

Rechtlich wäre Umsetzung wohl nicht so einfach

Das wäre für Biedert keine Option. In ihrer Motion verlangt die Muttenzerin von der Kantonsregierung, eine Vorlage auszuarbeiten, in der auf Gesetzesebene festgelegt wird, dass auf Primarstufe nur noch Englisch unterrichtet werden darf.

Einer Umsetzung ihrer Forderung stehen wohl Verträge, Vereinbarungen und Konkordate im Weg. Diese seien folglich, schreibt Biedert, zu kündigen.

Die Baselbieter Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) lässt auf Anfrage verlauten, man wolle der Beantwortung des Vorstosses durch den Regierungsrat nicht vorgreifen.